

INTERPELLATION

der PDCC-Fraktion, durch die Grossräte Alain de Preux und Pascal Rey sowie Grossrätin Marie-Noëlle Massy Mittaz, betreffend: Ist der Staatsrat bereit, den Seilbahngesellschaften Finanzmittel aus dem Fonds für Regionalentwicklung zu gewähren? (15.06.2012) 4.205 (in Zusammenarbeit mit dem DVBU)

Geben wir dem Wallis die Möglichkeit, seine Wirtschaft anzukurbeln!

Am 13. April 2006 hat der Grosse Rat beschlossen, den allgemeinen Infrastrukturfonds (das heisst die Obergrenze des Restbetrags der IHG- und NRP-Darlehen) von 275 Mio. Franken auf 300 Mio. Franken zu erhöhen, da seine Verwendung rund 250 Mio. Franken betrug.

Seit dem Inkrafttreten der NRP wurde dieser Verpflichtungskredit des allgemeinen Infrastrukturfonds, der in Artikel 17 des Gesetzes über die kantonale Wirtschaftspolitik vom 11. Februar 2000 vorgesehen ist, in den kantonalen Fonds für Regionalentwicklung überführt.

In seiner Botschaft vom 13. April 2006 an den Grossen Rat erinnerte der Staatsrat daran, dass der Fonds ursprünglich geschaffen worden sei, weil der Kanton zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den Bergregionen beitragen wollte.

Dieser Wille ist von den kantonalen, regionalen und kommunalen Behörden sowie von den Wirtschafts- und Tourismusakteuren aber nicht wie erhofft umgesetzt worden. Im Gegensatz zum Willen des Parlaments, die Finanzmittel zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung zu erhöhen, wurde der Fonds in den vergangenen Jahren nur sehr zurückhaltend verwendet. Daraus ergibt sich, dass 2011 unseres Wissens nur Fondsmittel in Höhe von 180 Mio. Franken verwendet wurden (von den mittels Verpflichtungskredit bewilligten Fr. 300 Mio.).

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates hat in ihrem Bericht für die Märzsession 2011 darauf hingewiesen. Sie forderte den Staatsrat auf, seine aktive Politik in Sachen Gewährung und Auszahlung von Darlehen im Verhältnis zu den beim Parlament beantragten und erhaltenen Finanzmitteln beziehungsweise im Verhältnis zu den zusätzlichen Mitteln, die im Rahmen der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen vorgeschlagen wurden, zu erläutern. Darin war auch vorgeschlagen worden, das Verfahren für den Erhalt von Darlehen zu vereinfachen.

In ihrem Bericht über die Rechnung 2011 stellt die Finanzkommission des Grossen Rates fest, dass vom Gesamtbetrag von 38 Mio. Franken, der in der Rahmenvereinbarung 2008-2011 für Darlehen vorgesehen war, ganze 17,8 Mio. Franken nicht verwendet worden sind. Sie schlägt vor, die Verfahren zu vereinfachen und die Bedingungen zur Gewährung dieser NRP-Darlehen anzupassen.

Es ist höchste Zeit, dass die Regierung und das für die Wirtschaft zuständige Departement die Forderung des Parlaments umsetzen und Lösungen finden, damit die Walliser Wirtschaft in den Genuss der Finanzmittel kommen kann, die sie für ihre Entwicklung benötigt. Diese Ausrichtung ist umso wichtiger und dringender, da die Walliser Wirtschaft durch die kürzliche eidgenössische Abstimmung über die Zweitwohnungen und durch die Ankündigung eines unheilbringenden Gegenentwurfs zur Landschaftsinitiative weiter geschwächt wurde. Mehrere Wirtschaftsbereiche sind betroffen, von den Bauunternehmen und Tourismusakteuren, den Handwerkern und Ingenieuren über die Architekten und Makler bis zu den Verkehrsbüros und Bergbahnen, um nur einige zu nennen.

Das internationale Wirtschaftsumfeld, insbesondere der teure Franken, hat ebenfalls einen Einfluss auf diese Wirtschaftsakteure, was die Erneuerung der für ein qualitatives Tourismusangebot unabdingbaren Infrastrukturen mehr oder weniger direkt hemmt. Damit droht der Kanton in eine besorgniserregende Abwärtsspirale zu geraten, welche die Wirtschaft schwächt.

Um die konjunkturellen und strukturellen Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Tourismusedwicklung unseres Kantons auszugleichen, sollten zunächst einmal die vom Parlament über den kantonalen Fonds für Regionalentwicklung gewährten Finanzmittel eingesetzt werden. Zudem sollten die Gewährungsverfahren vereinfacht werden und pro Jahr bedeutend höhere Beträge freigegeben und in das Staatsbudget aufgenommen werden.

In seiner Botschaft anlässlich der Erhöhung des Fonds im Jahr 2006 hat der Staatsrat vorgesehen, dass sich die jährlichen Verpflichtungen in den nächsten 20 Jahren auf ungefähr 15 Mio. Franken belaufen würden, und dass die neuen Verpflichtungen kurz- und mittelfristig hauptsächlich durch Rückzahlungen finanziert werden würden.

Schlussfolgerung:

Die jährlichen Verpflichtungen sollten angesichts der Fondsmittel, die hauptsächlich durch Rückzahlungen (über Fr. 20 Mio. pro Jahr in den vergangenen fünf Jahren) finanziert werden, bedeutend höher sein.

Wir danken dem Staatsrat zum Voraus dafür, dass er den Bergregionen die nötigen Mittel zur Entwicklung ihrer Wirtschaft in die Hand geben wird.

Sitten, den 15. Juni 2012
(11.40 Uhr)

PDCC-Fraktion, durch
Alain de Preux, Grossrat
Pascal Rey, Grossrat
Marie-Noëlle Massy Mittaz, Grossrätin